

Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung?

Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016

19

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner*

Lehrkräfte sind ein zentraler Bestimmungsfaktor der Qualität eines Schulsystems. Sie sind Hauptakteure und Experten der Schulbildung. Gleichzeitig haben sie natürlich auch eigene Interessen, wenn es um die Gestaltung des Bildungssystems geht. Denken Lehrkräfte anders über Fragen der Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Das letztjährige ifo Bildungsbarometer hat gezeigt, dass sich die bildungspolitischen Meinungen von Eltern überraschend wenig von denen der sonstigen Bevölkerung unterscheiden. Ganz im Gegenteil dazu zeigt die diesjährige Befragung, dass Lehrkräfte zum Teil grundlegend andere Ansichten haben. Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung befürworten Lehrkräfte mehrheitlich höhere Lehrergehälter und die Verbeamtung von LehrerInnen, lehnen aber mehrheitlich ein Ganztagschulsystem, den Unterricht von Kindern mit Lernschwächen in Regelschulen, den Einsatz von Quereinsteigern im Lehrerberuf und Gehaltszuschläge für gute Lernfortschritte oder in Fächern mit Lehrermangel ab. Lehrkräfte geben den Schulen in ganz Deutschland schlechtere Noten als die Gesamtbevölkerung, den Schulen vor Ort hingegen bessere. Es gibt aber auch Übereinstimmungen, etwa bei der mehrheitlichen Zustimmung zu Aufnahmeprüfungen beim Zugang zum Lehramtsstudium, zu deutschlandweit einheitlichen Vergleichstests, zur freien Gestaltung des Unterrichts, zur Autonomie von Schulleitungen bei der Einstellung von Lehrkräften, zur Aufteilung auf weiterführende Schularten erst nach der sechsten Klasse und bei bildungspolitischen Fragen außerhalb des Schulsystems. Auch gibt es in beiden Gruppen große Zustimmung für eine Fortbildungspflicht für Lehrkräfte, wobei die Gesamtbevölkerung Fortbildungen außerhalb der Unterrichtszeit bevorzugt, Lehrkräfte hingegen während der Unterrichtszeit.

Was denken die Deutschen über die Bildungspolitik? Dieser Frage geht das ifo Bildungsbarometer in diesem Jahr zum dritten Mal nach, indem es eine repräsentative Stichprobe der deutschen erwachsenen Bevölkerung zu verschiedenen bildungspolitischen Themen befragt. Neben der Meinung der Gesamtbevölkerung liegt unser diesjähriger Fokus besonders auf der Frage, ob und wie sich diese von der Meinung der LehrerInnen unterscheidet.

Auch wenn ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur etwa 1% ausmacht,¹ spielen die Lehrkräfte in der Bildungspolitik eine ganz besondere Rolle. Einerseits

sind sie Hauptakteure der Schulbildung und damit ExpertInnen in Fragen der Bildung. Umfangreiche Forschung belegt ihre große Bedeutung für gute Schülerleistungen und damit für ein leistungsfähiges Schulsystem (vgl. z.B. Jackson, Rockoff und Staiger 2014). Andererseits haben Lehrkräfte bei Fragen der Schulpolitik – wie jede andere Berufsgruppe auch, wenn es um ihre eigene Situation geht – ein besonderes Interesse, eine vorteilhafte Situation für ihren eigenen Berufsstand zu schaffen (vgl. z.B. Peterson, Henderson und West 2014).

Unsere Befragung möchte beantworten, ob zwischen Lehrkräften und der gesamten Bevölkerung Unterschiede in den bildungspolitischen Ansichten bestehen. Was sie nicht beantworten kann, ist, ob solche Unterschiede vom Expertenwissen der Lehrkräfte, von ihren spezifischen Interessen oder von einer anderen Ursache herrühren. Ganz generell ist das Erkenntnisinteresse des ifo Bildungsbarometers kein normatives – also, wie die Bildungspolitik bestmöglich gestaltet werden sollte –, sondern ein positives – nämlich, wie die Meinung der Bevölkerung zur Bildungspolitik ist. Aber gerade in dieser Hinsicht sind die Erkenntnisse über Unterschiede zwischen Lehrkräften

* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungsökonomik bearbeiteten Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb (SAW-2014-ifo-2), Guido Schwerdt für die Unterstützung von Antrag und Projekt, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Sabine Geiss von TNS Infratest für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

¹ Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013, Berechnungen des ifo Instituts.

Kasten 1**Methodik der Befragung**

Die Befragung für das dritte ifo Bildungsbarometer wurde vom 29. April bis 2. Juni 2016 durch TNS Infratest Sozialforschung unter insgesamt 4 015 Personen durchgeführt. Darunter wurden 3 302 Personen als repräsentative Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren befragt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in zwei Teilen: Der Teil der Bevölkerung, der das Internet nutzt (81%), wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel befragt. Der Teil der Bevölkerung, der das Internet weder beruflich noch privat nutzt (19%), wurde im Rahmen einer persönlichen Befragung in der Wohnung der Befragten gebeten, den Fragebogen auf einem zur Verfügung gestellten Gerät elektronisch – auf Wunsch mit Unterstützung des Interviewers – auszufüllen.

Um eine Darstellung der Meinungen von aktiven Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen (also allen Schulen von Grundschule bis Gymnasium) zu ermöglichen, wurden über die Grundstichprobe hinaus zusätzlich 713 Lehrkräfte befragt. Da der Anteil von Lehrkräften in der deutschen Bevölkerung nur etwa 1% beträgt, war die Ziehung einer ausreichenden Stichprobe von Lehrkräften eine große Herausforderung. Um die entsprechenden Beobachtungszahlen zu erreichen, wurden von TNS Infratest Sozialforschung zwei Methoden jeweils im Rahmen von Online-Befragungen verwendet. Erstens wurden gezielt Personen kontaktiert, die im Online-Panel als Lehrkräfte ausgewiesen sind (191 Lehrpersonen). Zweitens wurde eine von der Grundstichprobe unabhängige Bevölkerungsstichprobe gezogen, in der vorab durch Fragen zur beruflichen Situation verifiziert wurde, dass es sich bei der befragten Person um eine Lehrkraft an einer allgemeinbildenden Schule handelt (522 Lehrpersonen).

Die Grundstichprobe enthält ebenfalls 39 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen, um deren Anteil in der Gesamtbevölkerung zu berücksichtigen und somit ein repräsentatives Meinungsbild der deutschen Gesamtbevölkerung darzustellen. Aufgrund ihres geringen Anteils hat die Einbeziehung der Lehrkräfte in der Grundstichprobe keine bedeutende Auswirkung auf die dargestellten Meinungen der Gesamtbevölkerung.

Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung bzw. für die Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen sicherzustellen, wurden die Beobachtungen entsprechend gewichtet. In der Grundstichprobe erfolgte die Gewichtung anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss, Gemeindegrößenklasse und Befragungsart (online oder offline). In der Lehrerstichprobe erfolgte die Gewichtung nach Schulart, Alter, Geschlecht und Bundesland.

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage dann jeweils in einer anderen Version, z.B. mit und ohne Bereitstellung von Informationen über tatsächliche Ausgabenniveaus wie in Abbildung 7.

Wie sicher von einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise groß ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die der Grundstichprobe von 3 302 Befragten gestellt wurden, nur zwischen 1 und 1,7 Prozentpunkten. Das heißt, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,3% und 51,7%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 100 Befragten beantwortet werden. Bei der Lehrerstichprobe liegt der Fehlerbereich in einer Größenordnung von 2–4 Prozentpunkten.

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Der Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr klein. Im Durchschnitt liegt er bei etwa 1%, und bei keiner einzigen Frage übersteigt er 2,5%.

Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. Die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde im Fragebogen jedoch als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert (vgl. Kasten 2 »Effekte des Fragedesigns« für eine Analyse der Effekte der Positionierung der neutralen Kategorie auf das Antwortverhalten).

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

und der Gesamtbevölkerung von besonderem Interesse. Aufgrund der besonderen Rolle der Lehrerschaft in bildungspolitischen Entscheidungsprozessen haben die Ergebnisse eine hohe Relevanz, um die politische Ökonomie der Bildungspolitik zu verstehen: also warum die Bildungspolitik so ist, wie sie ist.

Nach einer kurzen Beschreibung der Meinungsumfrage vergleichen wir im Folgenden die bildungspolitischen Meinungen von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung in den Bereichen Verbeamtung, Gehaltsfragen und Aus- und Fortbildung von Lehrkräften; Vergleichstests, Autonomie und Ausgaben

für und Bewertung von Schulen; Fragen der Bildung jenseits der Schulzeit in den Bereichen Ausbildung, Studium und Weiterbildung; sowie Einschätzungen der Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem und möglicher Reformmaßnahmen, um diese zu erhöhen.

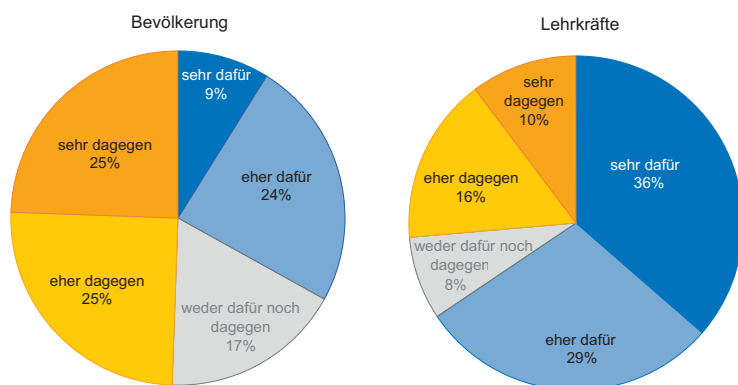
Das ifo Bildungsbarometer 2016

Das ifo Bildungsbarometer ist eine repräsentative Meinungs-umfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland zu wichtigen bildungspolitischen Themen. Das Bildungsbarometer

Abb. 1

Sollten Lehrkräfte verbeamtet sein?

Große Mehrheit der Lehrkräfte für Beamtung, Bevölkerung eher kritisch



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrerinnen und Lehrer zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrerinnen und Lehrer Angestellte sind. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

meter wurde bereits in den Jahren 2014 und 2015 erhoben (vgl. Wößmann et al. 2014; 2015).² Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse des dritten ifo Bildungsbarometers, das von Ende April bis Anfang Juni 2016 mehr als 4 000 Personen befragt hat. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Wie die vorherigen Befragungen zeichnet auch das ifo Bildungsbarometer 2016 ein breites bildungspolitisches Meinungsbild, indem es sowohl Themen aus den Vorjahren als auch wichtige neue Themenbereiche aufgreift.

Das ifo Bildungsbarometer ist Teil eines Forschungsprojektes zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik. Das Projekt geht der Frage nach, inwieweit die Diskrepanz zwischen politischem Bewusstsein und tatsächlichem Handeln im Bildungsbereich auf das Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlichen Meinungen zurückzuführen ist.

In diesem Zusammenhang untersucht das ifo Bildungsbarometer auch, was die öffentliche Meinung zur Bildungspolitik beeinflusst. Dazu weist es an einigen Stellen die methodische Besonderheit von sogenannten »Survey-Experimenten« auf: Bei einigen Fragen stellen wir jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Aufgrund der zufälligen Aufteilung lassen sich so Aussagen darüber machen, wie sich die bereitgestellte Information auf die Meinung der deut-

schen Bevölkerung zur jeweiligen Frage auswirkt. Neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn können diese Experimente auch der Politik helfen, indem sie aufzeigen, welche Informationen der Wählerschaft möglicherweise bereitgestellt werden müssten, um die öffentliche Akzeptanz von Bildungsreformen zu erhöhen.

In diesem Jahr bestand ein besonderes Interesse an zwei Forschungsgegenständen. Erstens vergleichen wir die bildungspolitischen Meinungen von Lehrkräften mit jenen der deutschen Gesamtbevölkerung. Dazu hat das ifo Bildungsbarometer 2016 die Gruppe der aktiven Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in der Befragung so erhöht, dass auch für diese Gruppe genaue Aussagen möglich sind. Dieses Vorhaben stellte eine große Herausforderung für die Befragungsstichprobe dar, weil die Lehr-

kräfte nur etwa 1% der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmachen. Gleichzeitig ist eine relativ große Fallzahl nötig, um belastbare Aussagen für diese Berufsgruppe treffen zu können. Schlussendlich konnten in diesem Jahr zusätzlich zur Grundstichprobe 713 Lehrkräfte befragt werden (vgl. Kasten 1 für Details zur Stichprobenziehung). Im Folgenden berichten wir die Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung und für die Lehrkräfte getrennt, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Gruppen aufzuzeigen.

Zweitens setzt das ifo Bildungsbarometer 2016 einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Meinung der deutschen Bevölkerung in Bezug auf Bildungsmaßnahmen zur Integration von Flüchtlingen. Dazu widmete sich ein eigener Fragenblock am Ende der Umfrage dem Thema Flüchtlinge. Da eine Darstellung dieser Ergebnisse den Rahmen des vorliegenden Beitrags sprengen würde, werden sie in einem separaten Beitrag ausführlich berichtet (vgl. Wößmann et al. 2016).

Lehrkräfte

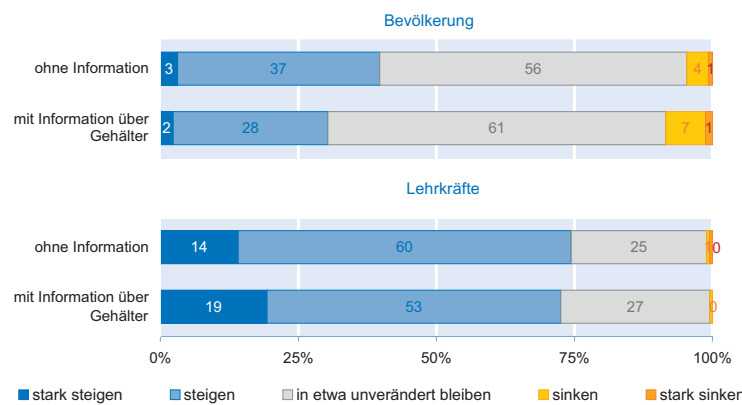
Wir beginnen den Vergleich der bildungspolitischen Meinungen von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung mit einigen Fragen aus dem Themengebiet der Lehrkräfte: Fragen zu Verbeamtung und Lehrergehältern sowie zur Aus- und Fortbildung von LehrerInnen.

Verbeamtung und Gehälter

Ein häufig diskutiertes Thema bei der Beschäftigung von Lehrkräften ist die Frage, ob LehrerInnen verbeamtet wer-

² Die Ergebnisse aller ifo Bildungsbarometer finden Sie unter www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer. Das Projekt beinhaltet auch eine Kooperation mit der Meinungsbefragung des Program of Education Policy and Governance (PEPG) der Harvard University in den USA (vgl. Henderson et al. 2015) sowie der Universität Bern in der Schweiz.

Abb. 2
Sollten Lehrergehälter steigen?
 Information über derzeitiges Gehalt senkt Zustimmung zu höheren Lehrergehältern in der Bevölkerung



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage: Ohne Information [mit Information über Gehälter] [In Deutschland verdienen vollzeitbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer im Durchschnitt rund 2 750 Euro netto im Monat.] Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

den sollten. Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte derzeit Beamte, in anderen sind die meisten Angestellte. Fast zwei Drittel (65%) der befragten Lehrkräfte sprechen sich (sehr oder eher) dafür aus, dass LehrerInnen generell verbeamtet werden, nur 27% sind dagegen (vgl. Abb. 1). Im Gegensatz dazu befürwortet in der Gesamtbevölkerung nur rund ein Drittel (33%) die Verbeamtung von Lehrkräften, 50% sprechen sich dagegen aus.³

Ein ähnliches Meinungsbild ergibt sich zu einer möglichen Erhöhung der Lehrergehälter. Während 74% der LehrerInnen der Meinung sind, dass die Lehrergehälter stark steigen oder steigen sollen, sind es in der Bevölkerung lediglich 40% (vgl. Abb. 2). Über die Hälfte der Bevölkerung ist der Meinung, die Lehrergehälter sollten in etwa unverändert bleiben.

Eine zufällig ausgewählte Teilgruppe der Befragten erhielt vor Beantwortung dieser Frage die Information, dass vollzeitbeschäftigte LehrerInnen in Deutschland derzeit im Durchschnitt rund 2 750 Euro netto im Monat verdienen (Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013, Berechnungen des ifo Instituts). In der so informierten Teilgruppe der Bevölkerung liegt die

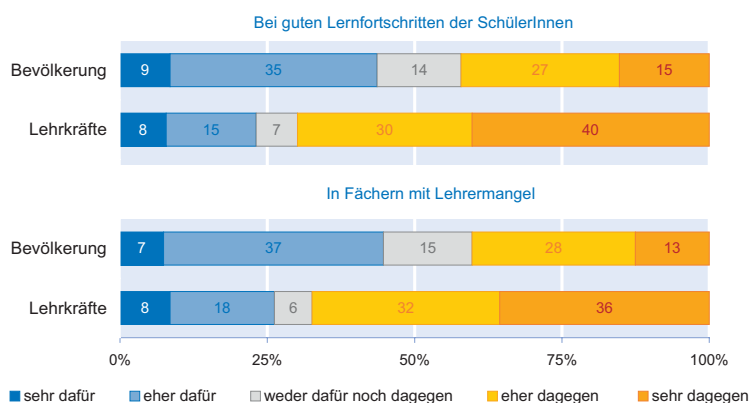
³ Die genauen Werte ändern sich leicht, wenn die Reihenfolge der Antwortkategorien verändert wird (vgl. Kasten 2 »Effekte des Fragedesigns«).

Zustimmung zu höheren Lehrergehältern 9 Prozentpunkte niedriger. Die Einschätzung der Lehrkräfte verändert sich aufgrund dieser Information hingegen nicht in signifikanter Weise.

Eine Alternative zu einer generellen Erhöhung der Gehälter aller Lehrkräfte ist die Einführung von Zuschlägen für bestimmte LehrerInnen. Ein Vorschlag besteht darin, Gehaltszuschläge für Lehrkräfte einzuführen, deren SchülerInnen gute Lernfortschritte machen. Die Gesamtbevölkerung ist bei dieser Frage unentschieden: 44% unterstützen diese Möglichkeit, 42% lehnen sie ab (vgl. Abb. 3). Die Meinung der Lehrkräfte fällt deutlich negativer aus: Nur 23% sprechen sich für die Einführung solcher Gehaltszuschläge aus, 70% sind dagegen.

Manche Schulen sehen sich einem deutlichen Lehrermangel in bestimmten Fächern wie Mathematik und Naturwissenschaften gegenüber. Bei dem Vorschlag, in solchen Fächern einen Gehaltszuschlag für LehrerInnen einzuführen, um den Lehrermangel zu verringern, zeigt sich ein ganz ähnliches Meinungsbild wie bei den Gehaltszuschlägen für gute Lernfortschritte. Die Gesamtbevölkerung ist bei Gehaltszuschlägen bei Lehrerman-

Abb. 3
Was denken die Deutschen über Gehaltszuschläge für Lehrkräfte?
 Bevölkerung ist unentschieden, Lehrkräfte sind dagegen

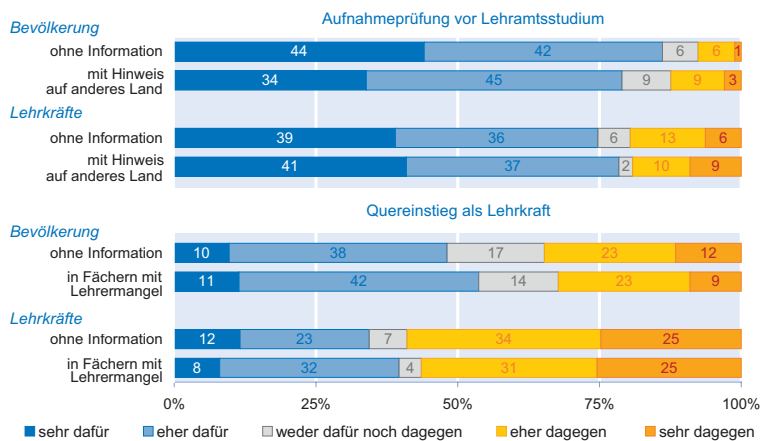


Frage 1:^{a)} Bei guten Lernfortschritten der SchülerInnen Sind Sie dafür oder dagegen, einen Gehaltszuschlag für Lehrerinnen und Lehrer einzuführen, deren Schülerinnen und Schüler gute Lernfortschritte machen?

Frage 2:^{a)} In Fächern mit Lehrermangel Manche Schulen sehen sich einem deutlichen Lehrermangel in bestimmten Fächern wie Mathematik und Naturwissenschaften gegenüber. Sind Sie dafür oder dagegen, einen Gehaltszuschlag für Lehrerinnen und Lehrer in solchen Fächern einzuführen, um den Lehrermangel zu verringern?

^{a)} Fragen 1 und 2 wurden in der Befragung direkt hintereinander gestellt. Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe der Befragten wurden die zwei Fragen in der umgedrehten Reihenfolge gestellt. Da das Antwortverhalten unabhängig von der Reihenfolge der Fragestellung war, werden die Ergebnisse hier jeweils zusammengefasst.
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Abb. 4
Wie sollte der Zugang zum Lehrerberuf geregelt sein?
 Bevölkerung und Lehrkräfte für Eignungstest vor Lehramtsstudium, Lehrkräfte gegen Quereinstieg



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
 Aufnahmeprüfung vor Lehramtsstudium – ohne Information [mit Hinweis auf anderes Land] [in einem anderen Land, das bei der letzten PISA-Studie besonders gut abgeschnitten hat, werden nur die Schulabsolventen mit den besten Ergebnissen in einem Eignungstest zum Lehramtsstudium zugelassen.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulabsolventinnen und -absolventen, die ein Lehramtsstudium aufnehmen möchten, vorab eine Aufnahmeprüfung ablegen müssen, die die pädagogische und fachliche Eignung für den Lehrerberuf feststellt?
 Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
 Quereinstieg als Lehrkraft – ohne Information [in Fächern mit Lehrermangel] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Personen mit Universitätsabschluss, die jedoch kein Lehramtsstudium absolviert haben, in Schulen als Lehrkraft [in Fächern mit Lehrermangel] arbeiten dürfen?
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

gel erneut gespalten (45% dafür, 40% dagegen), während die Lehrkräfte diesen Vorschlag wiederum klar ablehnen (26% dafür, 67% dagegen).⁴

Aus- und Fortbildung

Es ist unbestritten, dass LehrerInnen ein entscheidender Faktor für den Lernerfolg der SchülerInnen sind. Eine Maßnahme, um auf die Qualität der Lehrkräfte Einfluss zu nehmen, besteht darin, die Eignung angehender LehrerInnen zu überprüfen, beispielsweise mit einem Aufnahmetest vor dem Lehramtsstudium. In Finnland etwa werden StudienbewerberInnen nur dann zum Lehramtsstudium zugelassen, wenn sie einen Eignungstest ablegen und ausreichend gute Ergebnisse erreichen. Manche vermuten, dass das gute Abschneiden Finnlands bei den internationalen PISA-Tests auch mit der Auswahl der Lehrkräfte zusammenhängt. Bisher gibt es nur an wenigen deutschen Universitäten Modellversuche, durch Eingangsprüfungen die Eignung po-

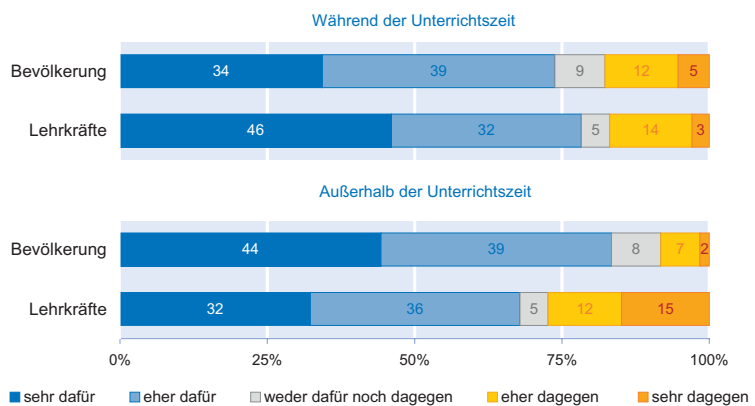
tenzieller Lehrkräfte bereits vor Beginn des Studiums festzustellen.

Die Deutschen würden die Einführung einer solchen Eignungsprüfung für angehende Lehrkräfte durchaus begrüßen. Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (86%) ist dafür, dass SchulabsolventInnen, die ein Lehramtsstudium aufnehmen möchten, vorab eine Aufnahmeprüfung ablegen müssen, die die pädagogische und fachliche Eignung für den Lehrerberuf feststellt (vgl. Abb. 4). Unter den Lehrkräften ist der Anteil der Befürworter solcher Aufnahmeprüfungen zwar signifikant geringer, jedoch mit 75% ebenfalls sehr hoch. Gleichzeitig ist der Anteil der Lehrkräfte, die solche Aufnahmeprüfungen ablehnen, mit 20% mehr als doppelt so groß wie in der Bevölkerung mit 8%. Ein Teil der Befragten wurde vor Beantwortung der Frage darauf hingewiesen, dass in einem PISA-Spitzenreiterland nur die SchulabsolventInnen mit den besten Ergebnissen in einem Eignungstest zum Lehramtsstudium zugelassen werden. Diese Information ändert das Meinungsbild nur wenig: In der Gesamtbevölkerung sinkt die Zustimmung leicht, aber statistisch signifikant auf 79%, bei den Lehrkräften ändert sich das Meinungsbild in der informierten Teilgruppe nicht in signifikanter Weise.

Die Zustimmung sinkt leicht, aber statistisch signifikant auf 79%, bei den Lehrkräften ändert sich das Meinungsbild in der informierten Teilgruppe nicht in signifikanter Weise.

Eine Alternative zum klassischen Weg in den Lehrerberuf über ein Lehramtsstudium ist der Quereinstieg nach einem anderweitigen Studium. In der Gesamtbevölkerung sind

Abb. 5
Sollten Lehrkräfte zu Fortbildungen verpflichtet werden?
 Starke Befürwortung – Bevölkerung bevorzugt außerhalb, Lehrkräfte während der Unterrichtszeit



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
 Während der Unterrichtszeit [Außerhalb der Unterrichtszeit] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet werden, fünf Tage pro Jahr an Fortbildungen teilzunehmen, die von den Schulen finanziert werden und während [außerhalb] der Unterrichtszeit stattfinden?
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

⁴ Da diese zwei Fragen zu Gehaltszuschlägen thematisch eng zusammenhängen, wurde außerdem getestet, ob die Reihenfolge der Fragen das Antwortverhalten beeinflusst. Es zeigt sich, dass die Ergebnisse unverändert bleiben, unabhängig davon, welche der beiden Fragen zuerst gestellt wurde (vgl. Kasten 2 »Effekte des Fragedesigns«).

48% dafür, dass Personen mit Universitätsabschluss, die jedoch kein Lehramtsstudium absolviert haben, in Schulen als Lehrkraft arbeiten dürfen, 35% sind dagegen (vgl. Abb. 4). Unter den Lehrkräften lehnt eine deutliche Mehrheit von 59% diesen Vorschlag ab, nur 34% sind dafür.

Eine Teilgruppe der Befragten wurde gefragt, ob ein Quereinstieg in Fächern möglich sein sollte, in denen Lehrermangel herrscht. In diesem Fall spricht sich eine absolute Mehrheit von 54% der Bevölkerung für den alternativen Einstieg in den Lehrerberuf aus. Bei den Lehrkräften überwiegt auch in dieser Teilgruppe der Befragten die ablehnende Haltung gegenüber dem Quereinstieg.

Ein Reformvorschlag, der sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch unter LehrerInnen sehr starke Zustimmung findet, ist eine Weiterbildungspflicht für Lehrkräfte. Dem Vorschlag, dass Lehrkräfte dazu verpflichtet werden, fünf Tage pro Jahr an Fortbildungen teilzunehmen, die von den Schulen finanziert werden und während der Unterrichtszeit stattfinden, stimmen rund drei Viertel der Befragten zu. Die starke Zustimmung in der Gesamtbevölkerung von 74% für Fortbildungen während der Unterrichtszeit ist unter den Lehrkräften mit 78% sogar noch deutlicher ausgeprägt (vgl. Abb. 5).

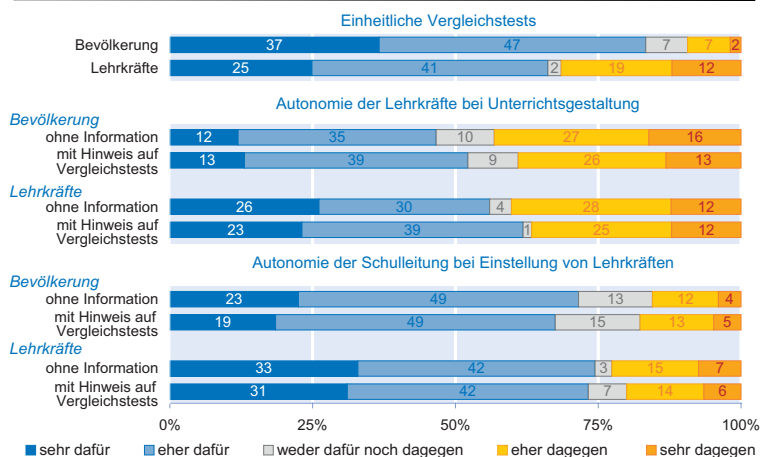
Etwas anders sieht das Meinungsbild in der Teilgruppe aus, die bezüglich der gleichen Art von Fortbildungen gefragt wurde, nur dass diese außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden. In der Gesamtbevölkerung liegt die Zustimmung in diesem Fall mit 83% sogar noch höher. Unter den Lehrkräften fällt die Zustimmung in diesem Fall hingegen mit 68% geringer aus. Allerdings spricht sich damit auch unter den LehrerInnen eine Zweidrittelmehrheit für verpflichtende, von den Schulen finanzierte Fortbildungen außerhalb der Unterrichtszeit von fünf Tagen pro Jahr aus. Allerdings lehnen 27% der Lehrkräfte verpflichtende Fortbildungen außerhalb der Unterrichtszeit ab – deutlich mehr als 17% im Falle von verpflichtenden Fortbildungen während der Unterrichtszeit.

Schulen

Neben den Fragen, die thematisch die Lehrkräfte betreffen, haben wir auch eine Reihe weiterer Fragen aus dem schulischen Bereich gestellt, die sich auf Vergleichstests und Autonomie einerseits und Ausgaben und Bewertung der Schulen andererseits beziehen.

Abb. 6

Was meinen die Deutschen zu Vergleichstests und Autonomie der Schulen? Mehrheit für einheitliche Vergleichstests und verstärkte Autonomie bei gleichzeitiger Leistungsüberprüfung



Frage 1:

Einheitliche Vergleichstests Sind Sie dafür oder dagegen, mit Hilfe von einheitlichen Vergleichstests für alle Schülerinnen und Schüler zu überprüfen, ob die Schülerinnen und Schüler in jeder Schule die deutschlandweit festgelegten Lernziele («Bildungsstandards») erreichen?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Autonomie der Lehrkräfte bei Unterrichtsgestaltung – ohne Information [mit Hinweis auf Vergleichstests] Manche sagen, Lehrerinnen und Lehrer sollten frei über die Gestaltung ihres Unterrichts entscheiden dürfen, zum Beispiel, welche Lehrbücher sie verwenden, welchen Lernstoff sie festlegen oder nach welchen Kriterien sie die Schülerinnen und Schüler beurteilen. Andere sagen, dies sollte einheitlich vorgegeben werden. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer frei über die Gestaltung ihres Unterrichts entscheiden dürfen, [wenn gleichzeitig deutschlandweit einheitliche Vergleichstests überprüfen, ob die Schülerinnen und Schüler in jeder Schule die deutschlandweit festgelegten Lernziele («Bildungsstandards») erreichen]?

Frage 3 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Autonomie der Schulleitung bei Einstellung von Lehrkräften – ohne Information [mit Hinweis auf Vergleichstests] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulleitungen darüber entscheiden dürfen, welche Lehrkräfte sie einstellen, [wenn gleichzeitig deutschlandweit einheitliche Vergleichstests überprüfen, ob die Schülerinnen und Schüler in jeder Schule die deutschlandweit festgelegten Lernziele («Bildungsstandards») erreichen]?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

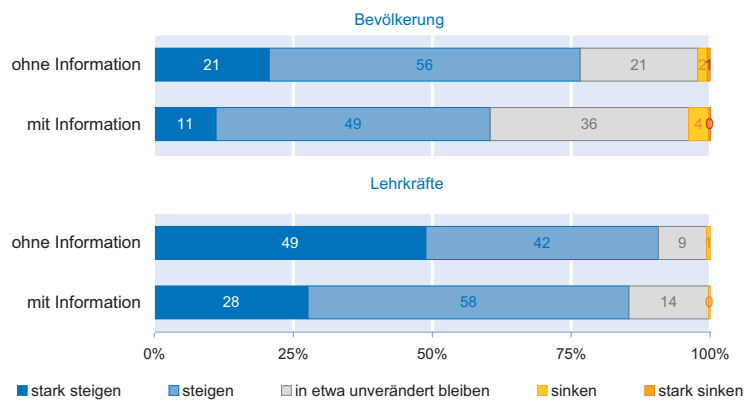
Vergleichstests und Autonomie

Die Kultusministerkonferenz hat in den vergangenen Jahren bundesweit geltende Bildungsstandards eingeführt, die für die verschiedenen Schulabschlüsse definieren, welche Kompetenzen SchülerInnen in bestimmten Fächern erlangen sollen. Das Erreichen dieser Bildungsstandards wird aber nur stichprobenartig und in größeren Abständen überprüft. Eine überwältigende Mehrheit von 83% der deutschen Bevölkerung spricht sich demgegenüber dafür aus, mit Hilfe von einheitlichen Vergleichstests für alle SchülerInnen zu überprüfen, ob die SchülerInnen in jeder Schule die in den Bildungsstandards deutschlandweit festgelegten Lernziele erreichen (vgl. Abb. 6). Dieser Befund steht im Einklang mit den Ergebnissen der letzten beiden ifo Bildungsbarometer, in denen sich ebenfalls überwältigende Mehrheiten für die Einführung von deutschlandweit einheitlichen Vergleichstests und Abschlussprüfungen aussprachen (vgl. Wößmann et al. 2014; 2015). Unter den Lehrkräften ist die Zustimmung zu einheitlichen Vergleichstests für alle SchülerInnen zwar signifikant niedriger als in der Gesamtbevölkerung, jedoch

Abb. 7

Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen?

Auch mit Information über derzeitiges Niveau klare Mehrheit für höhere Ausgaben



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Ohne Information [mit Information] [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 7 100 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

spricht sich auch unter den LehrerInnen eine klare Mehrheit von 66% dafür aus.

Eine wichtige Rolle spielen Vergleichstests auch bei der Frage, wie viel Eigenverantwortung Lehrkräfte und Schulen haben sollen, etwa bezüglich Unterrichtsgestaltung und Personalentscheidungen. So zeigt die bildungsökonomische Forschung anhand der internationalen Schülertests, dass mehr Eigenverantwortung für Schulen in der Regel nur dann mit besseren Schülerleistungen einhergeht, wenn Schülerleistungen durch einheitliche Abschlussprüfungen unabhängig überprüft werden (vgl. Wößmann 2016). Eine unabhängige Überprüfung kann verhindern, dass mit größerem Gestaltungsspielraum eine sinkende Qualität der Schulbildung einhergeht, da hier die entsprechenden Akteure (z.B. Lehrkräfte oder Schulleitungen) für ihre Ergebnisse verantwortlich gemacht werden.

Mit diesen Erkenntnissen deckt sich die Meinung der Bevölkerung zu der Frage, ob Lehrkräfte frei über die Gestaltung ihres Unterrichts entscheiden dürfen sollten: Grundsätzlich sind 47% dafür, dass Lehrkräfte ihren Unterricht frei gestalten dürfen, zum Beispiel, welche Lehrbücher sie verwenden, welchen Lernstoff sie festlegen oder nach welchen Kriterien sie die SchülerInnen beurteilen. Einer Teilgruppe wurde dieselbe Frage gestellt, allerdings mit dem weiteren Hinweis, dass gleichzeitig deutschlandweit einheitliche Vergleichstests überprüfen, ob die SchülerInnen in jeder Schule die deutschlandweit festgelegten Bildungsstandards erreichen. In diesem Fall ist die Zustimmung zu freier Unterrichtsgestaltung mit 52% signifikant höher. Unter den Lehrkräften ist mit 56% die Mehrheit auch ohne den weiteren Hinweis dafür, frei über die Unterrichtsgestaltung entscheiden zu dürfen. Auch bei den Lehrkräften ist die Zustimmung

bei dem Hinweis auf gleichzeitige deutschlandweite Vergleichstests mit 62% tendenziell höher, wobei dieser Unterschied statistisch nicht signifikant ist. Nicht nur in der Gesamtbevölkerung, sondern gerade auch in der von dem Reformvorschlag direkt betroffenen Lehrerschaft findet sich also eine klare Mehrheit für die gleichzeitige Erhöhung von Eigenverantwortung und unabhängiger Überprüfung.

Die meisten Schulen können ihre Lehrkräfte nicht selbständig aussuchen und einstellen. Stattdessen werden in den meisten Bundesländern Lehrkräfte von einer zentralen Behörde eingestellt und den Schulen zugewiesen. Diese Vorgehensweise wird von der Mehrheit der Befragten deutlich abgelehnt: 72% der Bevölkerung und 74% der Lehrkräfte sprechen sich dafür aus, dass Schulleitungen darüber entscheiden dürfen, welche Lehrkräfte sie einstellen.

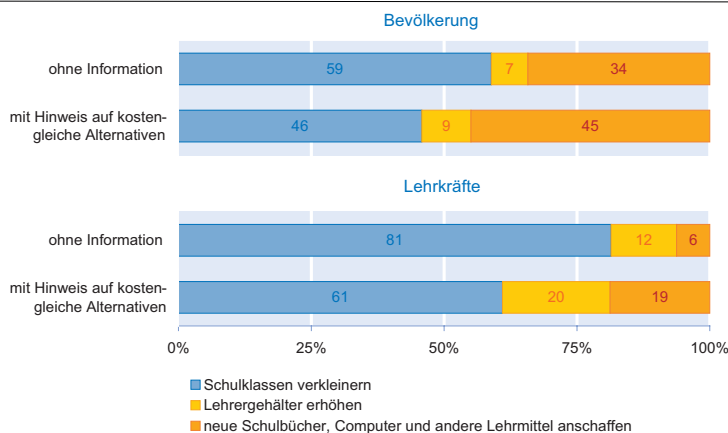
Dasselbe Meinungsbild herrscht in jenen Teilgruppen vor, die über selbständige Einstellungsentscheidungen der Schulleitungen bei gleichzeitigen deutschlandweiten Vergleichstests befragt wurden. Es zeigt sich also, dass die Befürwortung von mehr Eigenverantwortung bei Einstellungsentscheidungen nicht davon abhängt, ob Vergleichstests vorhanden sind.

Ausgaben und Bewertung

Bereits in den vorherigen ifo Bildungsbarometern hat sich gezeigt, dass die deutsche Bevölkerung Ausgabenerhöhungen im Bildungsbereich positiv gegenübersteht. Auch in diesem Jahr spricht sich mit 77% eine große Mehrheit der Befragten dafür aus, dass die Ausgaben für Bildung stark steigen oder steigen sollen (vgl. Abb. 7). Unter den Lehrkräften liegt die Zustimmung für höhere Bildungsausgaben sogar bei 91%. Der Großteil unter den Befragten, die nicht für eine Erhöhung sind, wünscht sich, dass die Ausgaben in etwa unverändert bleiben. In jener Teilgruppe der Befragten, die darüber informiert wurde, dass die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland derzeit im Durchschnitt jährlich 7 100 Euro pro SchülerIn betragen (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2016), ist die Bereitschaft für Ausgabesteigerungen in beiden Gruppen deutlich niedriger.⁵ Dabei fällt der Rückgang der Zustimmung bei den Lehrkräften mit 5 Prozentpunkten deutlich geringer aus als bei der Gesamtbevölkerung mit 16 Prozentpunkten. Allerdings sinkt der Anteil der Lehrkräfte, die der Meinung sind, dass die Ausgaben für Schulen stark steigen sollten, von 49% auf 28%.

⁵ Für eine eingehende Untersuchung des Einflusses der Bereitstellung von Informationen über derzeitige Ausgabenniveaus auf die Präferenzen für öffentliche Ausgaben anhand der Daten der ersten beiden Wellen des ifo Bildungsbarometers vgl. Lergetporer et al. (2016).

Abb. 8
Wofür sollten zusätzliche Gelder im Schulsystem verwendet werden?
 Zustimmung für kleinere Klassen sinkt, wenn kostengleiche Alternativen aufgezeigt werden



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
 Ohne Information [mit Hinweis auf kostengleiche Alternativen] Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. [Die Schulklassen um drei Schülerinnen/Schüler zu verkleinern würde in etwa so viel kosten wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen.] Für welche dieser Möglichkeiten sind Sie?
 - Schulklassen [um drei Schüler] verkleinern;
 - Lehrergehälter [um 15%] erhöhen;
 - neue Schulbücher, Computer und andere Lehrmittel [im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse] anschaffen.
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

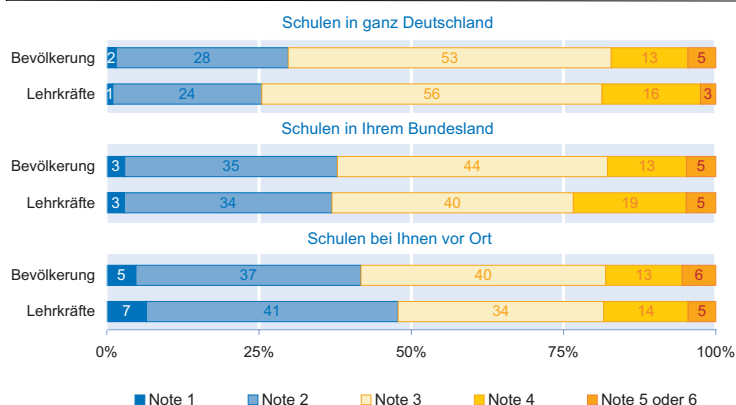
Angesichts der großen Zustimmung zu höheren Bildungsausgaben stellt sich die Frage, wofür die zusätzlichen Mittel im Schulsystem verwendet werden sollen. Drei oft diskutierte Möglichkeiten sind die Verkleinerung der Klassengrößen, die Erhöhung der Lehrergehälter und die Anschaffung von neuen Lehrmitteln, wie zum Beispiel Computer und Schulbücher. Wenn sie sich für eine dieser drei Alternativen entscheiden müssen, sind 59% der Deutschen für kleinere Schulklassen, 34% für zusätzliche Lehrmittel und 7% für höhere Lehrergehälter (vgl. Abb. 8). Unter den Lehrkräften ist der Wunsch nach kleineren Klassen noch stärker ausgeprägt: Sie sind zu 81% für kleinere Klassen, zu 12% für höhere Lehrergehälter und zu 6% für zusätzliche Lehrmittel. Eine Teilgruppe der Befragten erhielt die Information, dass die Schulklassen um drei SchülerInnen zu verkleinern in etwa so viel kosten würde wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder zusätzliche Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen. Die Ergebnisse in dieser Teilgruppe unterscheiden sich nicht signifikant von jenen der Teilgruppe ohne Information.

Eine weitere Teilgruppe der Befragten erhielt diese Kosteninformation und wurde anschließend gebeten, zwischen den drei Optionen mit genau diesen Größenordnungen

– Schulklassen um drei SchülerInnen verkleinern, Lehrergehälter um 15% erhöhen oder Lehrmittel im Wert von 20 000 Euro anschaffen – zu wählen. Diese Teilgruppe ist unentschieden zwischen kleineren Klassen (46%) und zusätzlichen Lehrmitteln (45%), wobei weiterhin nur 9% für höhere Lehrergehälter sind. Auch wenn es unter den Lehrkräften ebenfalls eine deutliche Verschiebung gibt, sprechen sich unter ihnen auch in diesem Fall noch 61% für kleinere Klassen aus (20 Prozentpunkte weniger als im Ausgangsfall), 20% sind für höhere Lehrergehälter und 19% für zusätzliche Lehrmittel. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Information über kostengleiche Alternativen und die Festlegung auf eine Reform in der Größenordnung von einer um drei SchülerInnen verkleinerten Klassengröße die Zustimmung zu kleineren Klassen in der Bevölkerung deutlich verringert, aber immer noch auf einem hohen Niveau belässt – ganz besonders unter den LehrerInnen.

Die hohe Ausgabenbereitschaft für Schulen spricht dafür, dass die deutsche Bevölkerung großen Wert auf gute Bildung legt. Dennoch sehen zum jetzigen Zeitpunkt viele Befragte noch Verbesserungsbedarf. Auf die Frage, welche Schulnote sie den Schulen in ganz Deutschland geben würden, vergeben die meisten Befragten (53%) die Note 3 (vgl. Abb. 9). Während 30% die Schulen mit der Note 1 oder 2 besser bewerten, sehen 17% die Leistung der Schulen nur bei Note 4, 5 oder 6. Die Lehrkräfte sind in dieser Einschätzung sogar noch kritischer und vergeben seltener die Noten 1 oder 2. Für die Schulen im

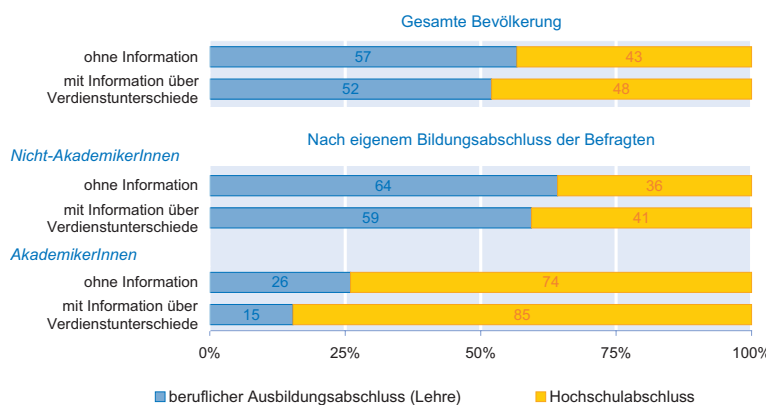
Abb. 9
Welche Note bekommen die deutschen Schulen?
 LehrerInnen bewerten Schulen insgesamt schlechter, Schulen vor Ort aber besser als die Bevölkerung



Frage:
 Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben?
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Abb. 10

Welchen Bildungsabschluss streben die Deutschen für ihre Kinder an?
 Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich Abschluss einer Lehre, AkademikerInnen bevorzugen Hochschulabschluss



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Ohne Information^{a)} [mit Information über Verdienunterschiede] [Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung verdienen im Durchschnitt etwa 1 400 Euro netto im Monat, Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium etwa 2 750 Euro.] Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Welcher Bildungsabschluss würde Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschlüssen gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, werden die Ergebnisse hier nicht berichtet.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Bundesland der Befragten vergeben sowohl Bevölkerung als auch die Lehrkräfte häufiger eine der beiden besten Noten (38% bzw. 37%), gleichzeitig steigt unter den Lehrkräften jedoch auch der Anteil, die für die Schulen im Bundesland lediglich die Noten 4, 5 oder 6 vergeben, auf 23%.

Die Schulen vor Ort werden von beiden Gruppen noch besser bewertet, wobei die Lehrkräfte in diesem Fall signifikant bessere Noten vergeben als die sonstige Bevölkerung: 48% der Lehrkräfte und 42% der Gesamtbevölkerung vergeben die Note 1 oder 2. Insgesamt zeigt sich damit, dass die Lehrkräfte die Leistung der Schulen in ganz Deutschland kritischer bewerten als die Gesamtbevölkerung, mit den Schulen vor Ort hingegen zufriedener sind. Die bei den Lehrkräften besonders stark ausgeprägte bessere Bewertung der Schulen vor Ort (48% gute Noten im Vergleich zu 25% für die Schulen in ganz Deutschland) deutet auf eine Inkonsistenz hin. Da die Schulen in ganz Deutschland die Summe der Schulen vor Ort sind, sollten sich bei konsistenter Beurteilung die Bewertungen der Schulen vor Ort zur gleichen Bewertung aufsummieren wie die Bewertung der Schulen in ganz Deutschland.

Bildung jenseits der Schulzeit

Neben den Fragen zum deutschen Schulsystem hat das ifo Bildungsbarometer 2016 auch wieder das Meinungsbild zu

Themen jenseits der Schulzeit – berufliche Ausbildung, Studium und Weiterbildung – erhoben.

Gewünschte Bildungsabschlüsse

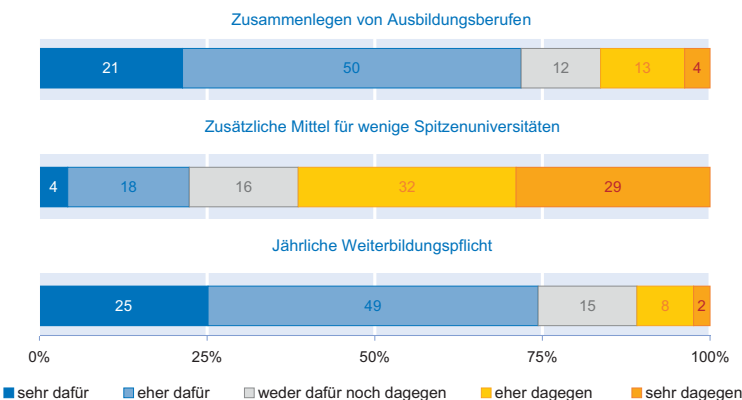
Für SchulabsolventInnen kommen in Deutschland grundsätzlich zwei berufliche Bildungswege in Frage: eine betriebliche bzw. schulische Berufsausbildung oder ein Studium an einer Universität oder Hochschule. Derzeit haben rund 57% der Deutschen ab 15 Jahren einen beruflichen Ausbildungsabschluss (Abschluss einer Lehre oder Fach-/Meisterschule), während 16% ein Hochschulstudium absolviert haben; der Rest kann keinen beruflichen Bildungsabschluss vorweisen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). Im ifo Bildungsbarometer haben wir die deutsche Bevölkerung gefragt, welchen beruflichen Bildungsabschluss sie bevorzugen. Die Befragten sollten angeben, ob ein beruflicher Ausbildungsabschluss (Lehre) oder ein Hochschulabschluss ihrer persönlichen

Idealvorstellung für ihr Kind entspricht, und zwar unabhängig davon, ob sie selbst Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Eine deutliche Mehrheit von 57% der Deutschen wünscht sich einen beruflichen Ausbildungsabschluss für ihr Kind, 43% der Befragten bevorzugen einen akademischen Abschluss (vgl. Abb. 10).

Zwei Teilgruppen der Befragten wurden direkt vor der Beantwortung dieser Frage über den Durchschnittsverdienst bzw. die Arbeitslosenquoten von Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen informiert. Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung verdienen derzeit im Durchschnitt etwa 1 400 Euro netto im Monat, Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium etwa 2 750 Euro (Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013, Berechnungen des ifo Instituts). Die Arbeitslosenquoten für diese Personengruppen liegen derzeit bei etwa 20%, 5% bzw. 2,5% (Datenquelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2015). Über die besseren Verdienstmöglichkeiten mit einem Hochschulstudium informiert, steigt die Präferenz für ein Hochschulstudium auf 48%, und die Präferenz für einen beruflichen Ausbildungsabschluss sinkt entsprechend auf 52%. In der Teilgruppe, die über das geringere Arbeitslosigkeitsrisiko von AkademikerInnen informiert wurde, unterscheidet sich das Meinungsbild nicht signifikant von der uninformierten Teilgruppe.

Abb. 11

Was meinen die Deutschen zu Themen jenseits der Schulbildung?
Für verringerte Spezialisierung der Lehre und Weiterbildungspflicht, gegen Fokussierung auf Spitzenuniversitäten



■ sehr dafür ■ eher dafür ■ weder dafür noch dagegen ■ eher dagegen ■ sehr dagegen

Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Zusammenlegen von Ausbildungsberufen In Deutschland gibt es eine Vielzahl von sehr spezialisierten Ausbildungsberufen. So gibt es etwa im kaufmännischen Bereich 30 spezifische Ausbildungsberufe wie zum Beispiel Kaufmann/frau für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen und Kaufmann/frau für Spedition und Logistikdienstleistung. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Ausbildungsberufe zusammengelegt werden, damit die Auszubildenden später flexibler zwischen verschiedenen Berufen wechseln können?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Zusätzliche Mittel für wenige Spitzenuniversitäten In der Exzellenzinitiative stellt der Bund zusätzliche Mittel für die Forschung der Universitäten zur Verfügung. Manche sagen, diese Mittel sollten einigen wenigen Spitzenuniversitäten zugutekommen. Andere sagen, sie sollten gleichmäßig auf viele Universitäten verteilt werden. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die zusätzlichen Mittel einigen wenigen Spitzenuniversitäten zugutekommen?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Jährliche Weiterbildungspflicht Sind Sie dafür oder dagegen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht und die Pflicht haben, fünf Tage pro Jahr an Weiterbildungen teilzunehmen, wobei der Arbeitgeber über die Inhalte der Weiterbildungen entscheidet und die Kosten übernimmt?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Im Antwortverhalten auf diese Frage zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede nach dem eigenen Bildungsabschluss der Befragten. Während sich unter den AkademikerInnen eine große Mehrheit von 74% einen Hochschulabschluss für ihr Kind wünscht, überwiegt bei Nicht-AkademikerInnen mit 64% die Präferenz für einen beruflichen Ausbildungsabschluss (vgl. Abb. 10).⁶ Die Information über die besseren Verdienstmöglichkeiten mit einem Hochschulstudium erhöht in beiden Gruppen die Zustimmung zum Hochschulabschluss, allerdings fällt der Anstieg bei den AkademikerInnen mit 11 Prozentpunkten (auf 85%) deutlich stärker aus als bei den Nicht-AkademikerInnen mit 5 Prozentpunkten (auf 41%).

Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Derzeit gliedert sich die Berufsausbildung im dualen System in Deutschland in eine Vielzahl von sehr spezialisierten Ausbildungsberufen. Mit über 350 anerkannten Ausbildungsberufen ist die berufliche Spezialisierung in Deutschland im Vergleich zu den anderen

Ländern mit dualem System – Österreich, Schweiz und Dänemark – am stärksten ausgeprägt (vgl. Ebner 2012). So gibt es beispielsweise allein im kaufmännischen Bereich 30 spezifische Ausbildungsberufe, wie »Kaufmann/frau für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen« oder »Kaufmann/frau für Spedition und Logistikunternehmen«. Einerseits mag diese starke Spezialisierung der einzelnen Ausbildungsberufe den spezifischen Anforderungen der Betriebe und möglicherweise auch den Präferenzen der Auszubildenden entsprechen. Andererseits kann die Flexibilität der AbsolventInnen einer dualen Ausbildung darunter leiden, beispielsweise bei einem Wechsel der Arbeitsstelle oder bei veränderten Anforderungen der Arbeitswelt im weiteren Verlauf des Arbeitslebens (vgl. Hanushek et al. 2016). Ein Reformvorschlag, um das Berufsbildungssystem zu vereinfachen und die Flexibilität der Auszubildenden zu erhöhen, besteht darin, ähnliche Ausbildungsberufe zusammenzulegen, damit die Auszubildenden später flexibler zwischen verschiedenen Berufen wechseln können. Dieser Vorschlag wird von einer deutlichen Mehrheit von 72% der Deutschen befürwortet, lediglich 16% sind dagegen (vgl. Abb. 11).

Im Rahmen der Exzellenzinitiative fördern Bund und Länder ausgewählte Universitäten mit zusätzlichen Mitteln für Forschung und Doktorandenausbildung. Angesichts des bevorstehenden Nachfolgeprogramms der Exzellenzinitiative stellt sich die Frage, ob solche zusätzlichen finanziellen Mittel einigen wenigen Spitzenuniversitäten zugutekommen oder gleichmäßig auf viele Universitäten verteilt werden sollten. Lediglich 22% der Befragten sind der Meinung, dass die zusätzlichen Mittel einigen wenigen Spitzenuniversitäten zugutekommen sollten, eine Mehrheit von 61% spricht sich dagegen aus (vgl. Abb. 11).

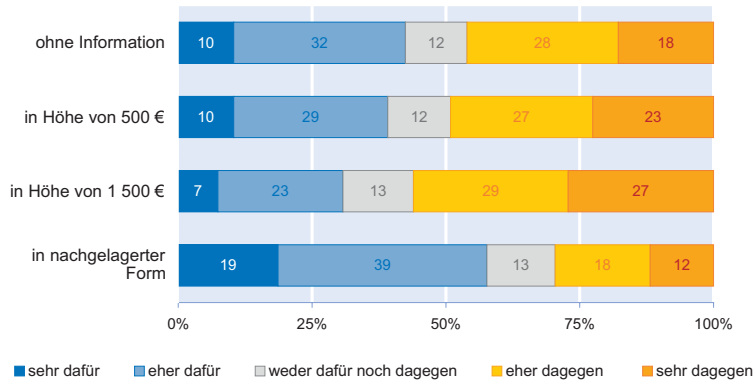
Die Einführung von Studiengebühren an öffentlichen Universitäten und Hochschulen wurde in Deutschland kontrovers diskutiert. Nachdem einige Bundesländer Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester eingeführt hatten, wurden diese letztlich in allen Bundesländern wieder abgeschafft. Jedoch zeigt das ifo Bildungsbarometer 2016 wie bereits die Befragungen der vergangenen beiden Jahre, dass es in der deutschen Bevölkerung keine absolute Mehrheit gegen Studiengebühren gibt: 42% der Befragten sprechen sich dafür aus, dass Studierende einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen, 46% sind dagegen (vgl. Abb. 12).

⁶ Als AkademikerInnen sind hier Personen mit Universitäts- oder (Fach-) Hochschulabschluss und Studierende klassifiziert, als Nicht-AkademikerInnen alle verbleibenden Befragten, also Personen mit Abschlüssen des beruflichen Ausbildungssystems wie einer Lehre oder einer Fach- bzw. Meisterschule, Personen mit einem anderen beruflichen Abschluss, Auszubildende und Personen ohne beruflichen Abschluss. Bei Personen mit mehreren Bildungsabschlüssen zählt der höchste Bildungsabschluss.

Abb. 12

Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?

Unentschieden bei 500 Euro, gegen 1 500 Euro, für nachgelagerte Studiengebühren



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
Ohne Information [in Höhe von 500 Euro {1 500 Euro}] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren [in Höhe von 500 {1 500} Euro pro Semester (Halbjahr)] tragen?
In nachgelagerter Form In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch eine solche Form von Studiengebühren tragen?
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

In der diesjährigen Befragung haben wir darüber hinaus untersucht, inwiefern die öffentliche Meinung zu Studiengebühren von deren Höhe abhängt. In zwei Teilgruppen der Befragten wurde die Zustimmung zu Studiengebühren in Höhe von 500 Euro bzw. 1 500 Euro pro Semester erfragt. Während sich die Meinung der Bevölkerung zu Gebühren von 500 Euro statistisch nicht signifikant von der Teilgruppe ohne nähere Spezifikation der Gebührenhöhe unterscheidet (39% sind dafür, 49% dagegen), spricht sich eine absolute Mehrheit von 56% gegen Studiengebühren in Höhe von 1 500 Euro pro Semester aus, nur 31% der Befragten sind dafür.

Eine weitere Teilgruppe der Befragten wurde nach ihrer Meinung zu nachgelagerten Studiengebühren gefragt, die erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden müssen und nur dann, wenn das Einkommen der ehemaligen Studierenden über einem gewissen Schwellenwert liegt. Eine absolute Mehrheit von 58% der Befragten spricht sich für diese alternative Form von Studiengebühren aus, nur 30% dagegen. Dieses Ergebnis, das den Ergebnissen aus dem ifo Bildungsbarometer 2015 entspricht, belegt die Offenheit der deutschen Bevölkerung für eine Einführung von nachgelagerten Studiengebühren.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sich stetig wandelnden Arbeitswelt stellt sich immer wieder die Frage, wie sich lebenslanges Lernen für alle Erwerbstätigen etablieren lässt. Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer haben wir die Meinung der Bevölkerung zu dem Vorschlag erfragt, dass Ar-

beitnehmerInnen das Recht und die Pflicht haben sollten, fünf Tage pro Jahr an Weiterbildungen teilzunehmen, wobei der Arbeitgeber über die Inhalte der Weiterbildungen entscheidet und die Kosten übernimmt. Dieser Reformvorschlag findet große Zustimmung in der Bevölkerung: Fast drei Viertel der Befragten (74%) sprechen sich für eine solche vom Arbeitgeber gesteuerte und finanzierte verpflichtende jährliche Weiterbildung aus, lediglich 11% sind dagegen (vgl. Abb. 11).

Haben Lehrkräfte eine andere Meinung zu Themen außerhalb des Schulsystems?

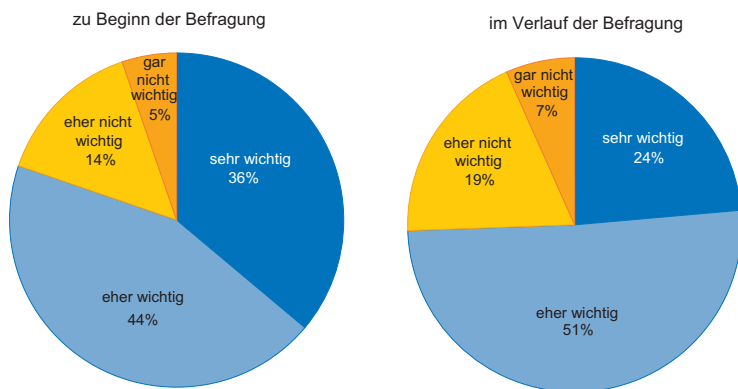
Bei den bildungspolitischen Themen außerhalb des Schulsystems scheinen die Unterschiede im Meinungsbild zwischen Lehrkräften und Gesamtbevölkerung davon abzuhängen, inwiefern die Thematik die Lehrkräfte direkt betrifft. So unterscheiden sich die Meinungen der Lehrkräfte im Bereich der Aus- und Weiterbildung kaum von jenen der gesamten Bevölkerung. Bei der

Frage, ob Ausbildungsberufe zusammengelegt werden sollten, sind sich Bevölkerung und Lehrkräfte weitestgehend einig. Auch die jährliche Weiterbildungspflicht für ArbeitnehmerInnen befürworten Lehrkräfte so stark wie die Bevölkerung, lediglich ein etwas höherer Anteil der Lehrkräfte (16%) lehnt sie ab.

Im Bereich des Studiums, das Lehrkräfte ja selbst durchlaufen haben, zeigen sich hingegen durchaus Unterschiede. So herrscht bei der Förderung von Spitzenuniversitäten unter den Lehrkräften eine etwas stärkere Ablehnung (71%) als in der Gesamtbevölkerung. Auch den Studiengebühren stehen Lehrkräfte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung kritischer gegenüber: Eine absolute Mehrheit der befragten Lehrkräfte lehnt Studiengebühren ohne Angabe der Gebührenhöhe sowie in Höhe von 500 oder 1 500 Euro ab. Zu nachgelagerten Studiengebühren ist die Meinung der Lehrkräfte gespalten: 47% sind dafür, 46% sind dagegen.

Schließlich ist unter den Lehrkräften auch der Wunsch nach einem Hochschulabschluss für ihre eigenen Kinder besonders stark ausgeprägt. Schon unter den AkademikerInnen insgesamt präferierten 74% einen Hochschulabschluss, mit Hinweis auf die besseren Verdienstmöglichkeiten waren es 85%. Von den LehrerInnen präferieren sogar 88% einen Hochschulabschluss und nur 12% einen beruflichen Ausbildungsabschluss, wobei unter ihnen die Information über die Verdienstmöglichkeiten keinen signifikanten Effekt hat.

Abb. 13

**Wie wichtig ist Bildungspolitik für die Wahlentscheidung der Deutschen?
Große Bedeutung für Landtagswahlen**


Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:^{a)}

Wie wichtig ist das Thema Schul- und Bildungspolitik für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen?

^{a)} Die identische Frage wurde jeweils einem Teil der Befragten ganz zu **Beginn der Befragung** und **im Verlauf der Befragung** (nach der Beantwortung 20 anderer Fragen) gestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Bedeutung der Bildungspolitik für Wahlentscheidungen

Aus politökonomischer Perspektive ist die Meinung der erwachsenen Bevölkerung vor allem deshalb relevant, weil sie die Grundlage für politisches Handeln ist. PolitikerInnen legen großen Wert darauf, auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen, wenn sie wiedergewählt werden wollen. Aber wie entscheidend ist das Thema Bildung für die Wahlentscheidungen der Bevölkerung? Dazu haben wir einen Teil der Befragten gleich zu Beginn die Frage gestellt, wie wichtig bildungspolitische Themen für ihre persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen sind. Die überwältigende Mehrheit der Befragten (80%) hält das Thema Schul- und Bildungspolitik bei Landtagswahlen für sehr oder eher wichtig (vgl. Abb. 13). Für die Lehrkräfte ist das Thema Bildung sogar noch wichtiger: Fast alle LehrerInnen (99%) erachten es für sehr oder eher wichtig, wobei es 73% sogar für sehr wichtig halten.

Wir haben diese Frage gleich zu Beginn gestellt, damit das Antwortverhalten nicht dadurch beeinflusst wird, dass sich die Befragten schon mehrere Minuten mit bildungspolitischen Themen auseinandergesetzt haben. Um zu untersuchen, inwiefern dies der Fall ist, haben wir einer weiteren zufällig ausgewählten Teilgruppe der Befragten dieselbe Frage erst im weiteren Verlauf der Befragung gestellt. Interessanterweise schätzen unter den Befragten in dieser Teilgruppe mit 74% etwas weniger die Bildungspolitik als sehr oder eher wichtig ein (vgl. Kasten 2). Das längere Nachdenken über die Thematik scheint also keineswegs zu einer Überschätzung ihrer politischen Bedeutung zu führen. Insgesamt legen diese Ergebnisse nahe, dass bildungspolitische Themen für viele Befragte von großer Wichtigkeit sind

und daher eine bedeutende Rolle im politischen Prozess spielen.

Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem

Ein weiterer Themenblock im ifo Bildungsbarometer 2016 beschäftigt sich mit der Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem.

Einschätzung der Ungleichheit von Bildungschancen

In der aktuellen öffentlichen Diskussion in Deutschland ist Ungleichheit ein wichtiges Thema. Im Bildungsbereich spielt dabei die Chancengleichheit eine besondere Rolle, also die Frage, inwieweit Kinder aus sozial

schwachen Verhältnissen die gleichen Chancen haben im Bildungssystem gut abzuschneiden wie Kinder aus besseren Verhältnissen. In der Tat zeigen zahlreiche Studien, dass Bildungserfolg im frühkindlichen, schulischen und universitären Bereich stark damit zusammenhängt, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen kommen (vgl. z.B. Björklund und Salvanes 2011). Da Unterschiede im Bildungserfolg oft die Weichen für Ungleichheit im späteren Erwerbsleben stellen und somit direkt mit Einkommensungleichheiten zusammenhängen, ist die Einschätzung der Bevölkerung zu diesem Thema für die Bildungspolitik von besonderem Interesse.

Dazu haben wir die TeilnehmerInnen gefragt, ob die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ihrer Meinung nach ein ernsthaftes Problem ist. Dabei bestätigt sich die Relevanz des Themas: 57% sehen die Ungleichheit der Chancen als ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem an, lediglich 3% sehen hierin gar kein Problem (vgl. Abb. 14).

Eine Teilgruppe der Befragten erhielt zudem die Information, dass laut einer Bildungsstudie die Mathematikleistungen von 15-jährigen SchülerInnen aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von Gleichaltrigen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen (Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10% der Bevölkerung, Datenquelle: Berechnungen des ifo Instituts anhand des ESCS-Indexes des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status mit den Mikrodaten des PISA-2012-Tests). Unter den Befragten in der so informierten Teilgruppe ist der Anteil derer, die fehlende

Kasten 2 Effekte des Fragedesigns

Das ifo Bildungsbarometer 2016 zeigt, dass inhaltliche Variationen der Fragen – wie etwa die Bereitstellung von Information – die Meinungen der Befragten deutlich beeinflussen können. In mehreren methodischen Experimenten untersuchen wir darüber hinaus, inwieweit Details im Fragedesign – die Reihenfolge der Fragen, die Anordnung der Antwortkategorien sowie die Formulierung von Schätzfragen – das Antwortverhalten beeinflussen.

Um die Effekte der Positionierung von Fragen zu untersuchen, wurden die Befragten bei der Frage nach der Wichtigkeit von Bildungspolitik für die persönliche Wahlentscheidung (vgl. Abb. 13) zufällig in zwei Teilgruppen aufgeteilt. Befragte in der ersten Teilgruppe beantworteten die Frage gleich zu Beginn der Umfrage, die zweite Teilgruppe beantwortete sie erst als 21. Frage im Fragebogen. Während 80% der Befragten in der ersten Teilgruppe die Frage mit »sehr wichtig« oder »eher wichtig« beantworteten, ist dieser Anteil in der zweiten Teilgruppe mit 74% signifikant geringer. Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, als sich die zweite Teilgruppe bei der Beantwortung der Frage bereits mehrere Minuten mit Bildungsthemen beschäftigt hat. Die Positionierung dieser Frage nach anderen bildungspolitischen Fragen, wie etwa im ifo Bildungsbarometer 2015, führt also keineswegs zu einer Überschätzung der Wichtigkeit der Bildungspolitik für Wahlentscheidungen.

In einem zweiten Experiment zu den Effekten der Fragenpositionierung wurde die Reihenfolge der beiden Fragen zu Gehaltszuschlägen für LehrerInnen (vgl. Abb. 3) variiert: Eine erste zufällig ausgewählte Teilgruppe der Befragten wurde zunächst über einen Gehaltszuschlag für Lehrkräfte, deren SchülerInnen gute Lernfortschritte erzielen, befragt und danach über einen Gehaltszuschlag für Lehrkräfte in Fächern mit Lehrermangel. Für die zweite Teilgruppe wurde die Reihenfolge dieser beiden Fragen umgekehrt. Die Antworten beider Teilgruppen unterscheiden sich nicht in signifikanter Weise voneinander.

Ein weiterer Aspekt des Fragedesigns, der im ifo Bildungsbarometer 2016 untersucht wird, ist die Anordnung der Antwortkategorien. Bei Zustimmungsfragen wurden die Antwortkategorien generell in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »eher dagegen«, »sehr dagegen« und »weder dafür noch dagegen« präsentiert. Die neutrale Kategorie wurde bewusst an letzter Stelle der Liste positioniert (und nicht etwa als mittlere Antwortkategorie), um die Gefahr von Verzerrungen des Antwortverhaltens durch eine »Tendenz zur Mitte« zu minimieren. Um die Effekte dieser Anordnung der Antwortkategorien zu untersuchen, wurden die Befragten bei einer weiteren Frage abermals zufällig in zwei Teilgruppen aufgeteilt. Befragte in der ersten Teilgruppe beantworteten die Frage, ob Lehrkräfte verbeamtet werden sollen (vgl. Abb. 1), mit der neutralen Antwortkategorie als letzte Antwortmöglichkeit der Liste, während diese Antwortkategorie bei der zweiten Teilgruppe in der Mitte positioniert wurde. Wie erwartet erhöht die zentrale Positionierung der neutralen Kategorie die Häufigkeit ihrer Nennung signifikant um 9 Prozentpunkte. Dementsprechend verringert die mittlere Positionierung den Anteil der Befragten, die sich für bzw. gegen die Verbeamtung von Lehrkräften aussprechen, um 5 bzw. 4 Prozentpunkte. Während die Positionierung der neutralen Kategorie als letzte Antwortmöglichkeit also keinen wesentlichen Effekt auf die relative Häufigkeit von Zustimmung bzw. Ablehnung hat, wirkt sie durch die Verringerung von neutralen Antworten gegen Antwortverzerrungen durch eine »Tendenz zur Mitte«.

Schließlich haben wir den Effekt der Formulierung von Schätzfragen auf die Schätzgenauigkeit der Befragten untersucht. Ob die Schätzfrage nach der Höhe der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben pro SchülerIn an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (vgl. Schätzfrage zu Abb. 7) mit dem Appell versehen wird, die Frage so genau wie möglich zu beantworten, hat keinen signifikanten Einfluss auf die Schätzgenauigkeit. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Befragten auch ohne derartige Appelle versuchen, so genau wie möglich zu schätzen und somit ihren wahren Informationsstand offenlegen.

Insgesamt deuten diese zusätzlichen Untersuchungen darauf hin, dass die hier berichteten Ergebnisse nicht grundlegend vom Fragedesign abhängen.

Chancengleichheit als ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem ansehen, mit 68% signifikant höher.

Reformvorschläge für höhere Chancengleichheit

Zahlreiche Reformvorschläge im Bildungssystem zielen darauf ab, zu einer höheren Chancengleichheit beizutragen. Auch in diesem Fall ist es nicht Ziel des ifo Bildungsbarometers, die Effektivität dieser Maßnahmen zu bewerten, sondern lediglich, die Meinung der Bevölkerung zu relevanten Reformvorschlägen abzubilden. Im frühkindlichen Bereich besteht ein Vorschlag darin, eine Kindergartenpflicht einzuführen, die Befürwortern zufolge dabei helfen kann, dass alle Kinder gut auf die Einschulung vorbereitet werden. Eine deutliche Mehrheit von 64% der Befragten spricht sich dafür aus, dass Kinder ab dem Alter von vier Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen (vgl. Abb. 15). In der Teilgruppe der Befragten, die wie oben beschrieben zu-

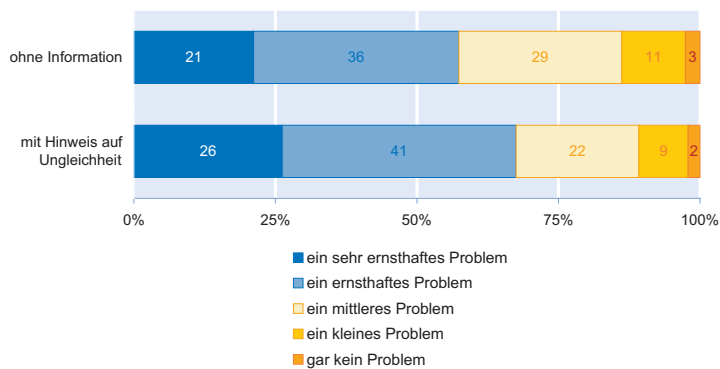
nächst über das Ausmaß der Leistungsungleichheit nach sozialen Verhältnissen informiert wurde, liegt die Zustimmung mit 69% signifikant höher. Bei allen weiteren im Folgenden beschriebenen Vorschlägen hat diese Information das Antwortverhalten hingegen nicht signifikant verändert. Eine überwiegende Mehrheit von 76% der Deutschen spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der Staat die Kindergartengebühren für alle Kinder aus einkommensschwachen Familien ab dem Alter von vier Jahren übernimmt, damit diese kostenfrei in den Kindergarten gehen können.

Gemischer fällt das Meinungsbild zu Reformvorschlägen im Schulsystem aus. Ebenfalls eine deutliche Mehrheit (77%) unterstützt den Vorschlag, dass der Staat deutlich mehr finanzielle Mittel für Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen zur Verfügung stellen soll. Weit weniger Zustimmung (43%) erfährt der Vorschlag, dass LehrerInnen einen Gehaltszuschlag erhalten, wenn sie an Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen

Abb. 14

Halten die Deutschen ungleiche Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen für problematisch?

Mehrheit sieht Ungleichheit der Chancen als ernsthaftes Problem



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Ohne Information Was meinen Sie, ist die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem?**Mit Hinweis auf Ungleichheit** (Die Frage »ohne Information« wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildungserfolg im frühkindlichen, schulischen und universitären Bereich stark damit zusammenhängt, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen kommen. Zum Beispiel hat eine Bildungsstudie gezeigt, dass die Mathematikleistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von jenen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen (Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10% der Bevölkerung).

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

unterrichten, 39% sprechen sich dagegen aus. Der Vorschlag, generell zu einem Ganztagschulsystem zu wechseln, in dem alle Kinder bis 16 Uhr in der Schule sind, wird von 48% der Befragten befürwortet, 35% sind dagegen. Eine deutliche Mehrheit von 67% der Befragten spricht sich dafür aus, dass die Aufteilung der SchülerInnen auf Gymnasium und andere weiterführende Schularten erst nach der 6. Klasse erfolgt. Die Hälfte (50%) der Befragten ist dafür, dass Kinder mit Lernschwäche in Regelschulen (zusammen mit Kindern ohne Lernschwäche) unterrichtet werden und nicht in speziellen Sonder- oder Förderschulen, 34% sind dagegen.

Auch im Bereich der Hochschulbildung sehen die Befragten Handlungsspielraum: 80% sprechen sich dafür aus, dass Stipendienprogramme ausgebaut werden, die einkommensschwache Studierende an Universitäten oder Hochschulen unterstützen.

Insgesamt zeichnen die Ergebnisse der Befragung ein deutliches Bild für eine ausgeprägte Reformbereitschaft der Bevölkerung in Bereichen, die möglicherweise zur Erhöhung der Chancengleichheit beitragen könnten. Darauf, dass die Befragten die verschiedenen Reformmaßnahmen in der Tat mit dem Thema Chancengleichheit in Verbindung gebracht haben, deutet folgende weitere Analyse hin: Eine Teilgruppe der Befragten erhielt zusätzlich den expliziten Hinweis, dass die Reformvorschläge oft das Ziel haben, die Chancengleichheit im Bildungssystem zu erhöhen. Dieser Hinweis

änderte das Antwortverhalten bei keiner Frage auf signifikante Weise.

Die Meinungen der Lehrkräfte

Die Lehrkräfte sehen die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem in noch stärkerem Maße als Problem an als die Gesamtbevölkerung: 70% der LehrerInnen halten die Ungleichheit für ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem, mit Information über das Ausmaß der Leistungsungleichheit sind es sogar 74%.

Auch ist die Bereitschaft zu Reformen bei den Lehrkräften in vielen Bereichen noch stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Besonders für verpflichtende Kindergärten sowie für diejenigen Vorschläge, die zusätzliche finanzielle Mittel vom Staat benötigen – die Übernahme der Kindergartengebühren für Kinder aus einkommensschwachen Familien, Zuschüsse für Schulen mit vielen Kindern aus benachteiligten Verhältnissen und Stipendienprogramme für

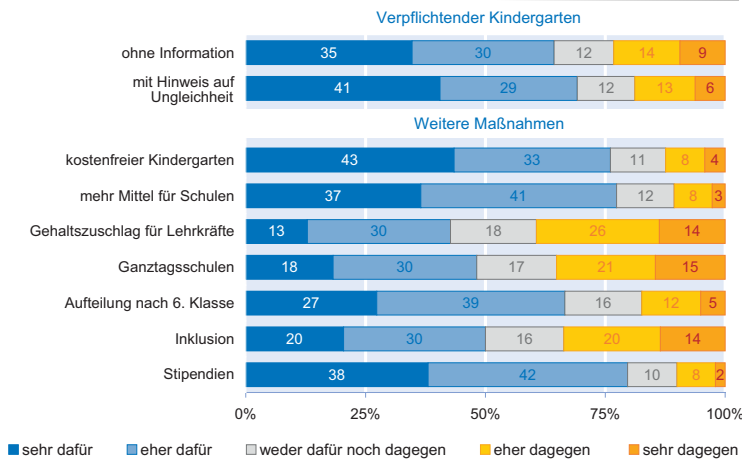
einkommensschwache Studierende – liegt die Zustimmung der Lehrkräfte signifikant höher. Auch der Vorschlag, dass LehrerInnen einen Gehaltszuschlag erhalten, wenn sie an Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten, findet unter den Lehrkräften eine absolute Mehrheit.

Bei Vorschlägen, die eine Reform der Struktur des Schulsystems vorsehen, fällt das Meinungsbild der Lehrkräfte hingegen differenzierter aus. Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung lehnt eine Mehrheit der Lehrkräfte den generellen Wechsel zu einem Ganztagschulsystem, in dem alle Kinder bis 16 Uhr in der Schule sind, ab. Auch sprechen sich im deutlichen Gegensatz zur Gesamtbevölkerung fast zwei Drittel der LehrerInnen dagegen aus, dass Kinder mit Lernschwäche zusammen mit Kindern ohne Lernschwäche in Regelschulen statt in speziellen Sonder- oder Förderschulen unterrichtet werden. Allerdings sprechen sich auch unter den LehrerInnen über 60% dafür aus, dass die Aufteilung der SchülerInnen auf Gymnasium und andere weiterführende Schularten erst nach der sechsten Klasse erfolgt.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016 haben nicht nur wiederum ein interessantes Bild über die Meinungen der Deutschen zu bildungspolitischen Themen aufgedeckt, sondern erstmals auch erhellende Aufschlüsse über

Abb. 15
Welche Maßnahmen für mehr Chancengleichheit befürwortet die Bevölkerung?
 Mehrheit für viele Reformvorschläge zur Verbesserung der Chancengleichheit



■ sehr dafür ■ eher dafür ■ weder dafür noch dagegen ■ eher dagegen ■ sehr dagegen

Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Verpflichtender Kindergarten – ohne Information Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder ab dem Alter von vier Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen?
Verpflichtender Kindergarten – mit Hinweis auf Ungleichheit Die Frage »ohne Information« wurde um denselben Hinweis auf Leistungsunterschiede wie bei der Frage in Abb. 14 ergänzt.^{a)}

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Kostenfreier Kindergarten Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren für alle Kinder aus einkommensschwachen Familien ab dem Alter von vier Jahren übernimmt, damit diese kostenfrei in den Kindergarten gehen können?
 Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Mehr Mittel für Schulen Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat deutlich mehr finanzielle Mittel für Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus benachteiligten Verhältnissen zur Verfügung stellt?
 Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Gehaltszuschlag für Lehrkräfte Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer einen Gehaltszuschlag erhalten, wenn sie an Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten?
 Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Ganztagsschulen Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 16 Uhr in der Schule sind?
 Frage 6 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Aufteilung nach 6. Klasse Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf Gymnasium und andere weiterführende Schularten erst nach der 6. Klasse erfolgt?
 Frage 7 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Inklusion Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder mit Lernschwäche in Regelschulen (zusammen mit Kindern ohne Lernschwäche) unterrichtet werden und nicht in speziellen Sonder- oder Förderschulen?
 Frage 8 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):^{b)}
Stipendien Sind Sie dafür oder dagegen, dass Stipendienprogramme ausgebaut werden, die einkommensschwache Studierende an Universitäten oder Hochschulen unterstützen?

^{a)} Die Frage wurde einer weiteren Teilgruppe zusätzlich mit dem Hinweis auf Leistungsunterschiede aus Abbildung 14 und einem Verweis darauf, dass die genannten Reformvorschläge oft das Ziel haben, die Chancengleichheit im Bildungssystem zu erhöhen, gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version »mit Hinweis auf Ungleichheit« unterscheidet, werden hier nur die Ergebnisse der Version »mit Hinweis auf Ungleichheit« dargestellt.

^{b)} Die Fragen 2 bis 8 wurden jeweils zwei anderen Teilgruppen mit dem zusätzlichen Hinweis aus Abbildung 14 bzw. a) gestellt. Da sich das Antwortverhalten in den drei Versionen der jeweiligen Frage statistisch nicht unterscheidet, werden hier nur die Ergebnisse der Version ohne Hinweise dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Meinungsbild zwischen Lehrkräften und der Gesamtbevölkerung gegeben.

Interessanterweise gibt es in vielen Bereichen sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch unter den Lehrkräften absolute Mehrheiten für grundlegende strukturelle Bildungsreformen. So finden sich deutliche Mehrheiten für Aufnahmeprüfungen zum Lehramtsstudium und verpflichtende Fortbil-

dungen für LehrerInnen. Im Schulbereich gibt es darüber hinaus absolute Mehrheiten für deutschlandweit einheitliche Vergleichstests, für Entscheidungsfreiheit der Schulleitungen bei der Einstellung von Lehrkräften und für eine Aufteilung zwischen Gymnasium und anderen Schularten erst nach der 6. Klasse. Jenseits der Schulzeit werden die Zusammenlegung von Ausbildungsberufen, Stipendien für einkommensschwache Studierende und das Recht und die Pflicht auf jährliche Weiterbildung befürwortet. Im frühkindlichen Bereich gibt es klare Mehrheiten für einen verpflichtenden und für Einkommensschwache kostenfreien Kindergarten.

Unterschiede in den Meinungen zwischen Lehrkräften und der Gesamtbevölkerung finden sich vor allem in Themenbereichen, die die Lehrkräfte selbst und insbesondere ihre Vergütung und Arbeitssituation direkt betreffen. Ob solche Meinungsunterschiede aufgrund des Expertenwissens der Lehrkräfte, ihrer spezifischen Interessen oder aus anderen Gründen bestehen, kann die Befragung nicht beantworten. Aber die gewonnenen Erkenntnisse werden die Forschung zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik weiter befördern und unser Wissen über die Akzeptanz und Umsetzbarkeit bildungspolitischer Reformen erweitern.

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass es auch innerhalb der Lehrerschaft bedeutende Unterschiede im Meinungsbild zu verschiedenen bildungspolitischen Fragestellungen gibt. Zwar finden sich erwartungsgemäß kaum LehrerInnen, die sich für sinkende staatliche Ausgaben für Schulen oder für sinkende Lehrergehälter aussprechen. Aber in anderen Bereichen gibt es durchaus jeweils bedeutende Anteile der Lehrerschaft mit entgegengesetzten Meinungen. So sprechen sich beispielsweise zwar 65% der LehrerInnen für eine Verbeamtung aus, aber auch 27% dagegen; 70% sind gegen Gehaltszuschläge für gute Lernfortschritte, aber

23% sind auch dafür; 59% sind gegen den Einsatz von Quereinsteigern, aber 34% sind dafür; 68% sind für verpflichtende Fortbildungen außerhalb der Unterrichtszeit, 27% sind dagegen. Es wird eine wichtige Aufgabe der zukünftigen Forschung sein zu untersuchen, inwiefern diese Unterschiede systematisch etwa entlang von Schulart, Region, Geschlecht oder sonstiger Merkmale der Lehrerschaft verlaufen.

Besonders aufschlussreich sind auch die Ergebnisse, wie sich das Meinungsbild in denjenigen Teilgruppen verändert, die mit bestimmten Informationen versorgt werden. So ist die Zustimmung zu steigenden Bildungsausgaben und höheren Lehrergehältern deutlich niedriger, wenn die Befragten über das derzeitige Ausgaben- und Gehaltsniveau informiert wurden. Auch die Zustimmung zu kleineren Schulklassen sinkt deutlich, wenn auf kostengleiche Alternativen der Mittelverwendung hingewiesen wird. Und der Hinweis auf die jeweiligen Verdienstmöglichkeiten verschiebt den für die Kinder gewünschten Bildungsabschluss in Richtung eines Hochschulabschlusses.

Insbesondere geben die unterschiedlichen Ergebnisse in den zufällig ausgewählten Teilgruppen, die zu unterschiedlichen Varianten desselben Reformvorschlages befragt wurden, Aufschlüsse darüber, ob und wie sich die konkrete Ausgestaltung eines jeweiligen Reformvorschlages auf die Zustimmung der Bevölkerung auswirkt. Aus politökonomischer Sicht sind diejenigen Fälle besonders interessant, in denen die Unterschiede in den Ausgestaltungsoptionen absolute Mehrheiten in der Bevölkerung verschieben. So erhöht es etwa die Zustimmung zum Einsatz von Quereinsteigern im Lehrerberuf von 48% auf 53%, wenn dieser in Fächern mit Lehrermangel stattfindet. Die Zustimmung zur freien Unterrichtsgestaltung für Lehrkräfte steigt von 47% auf 52%, wenn gleichzeitig deutschlandweite Vergleichstests das Erreichen der Lernziele überprüfen. Und die Zustimmung zu Studiengebühren steigt von 42% auf 58%, wenn diese nicht in der bisher üblichen Form, sondern als nachgelagerte Studiengebühren erhoben werden. Interessant ist auch, dass die Ausgestaltung der Fortbildungspflicht während bzw. außerhalb der Unterrichtszeit die Meinungen von Lehrkräften und Gesamtbevölkerung in unterschiedlicher Richtung beeinflusst.

Die Ergebnisse zur Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem legen nahe, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen als ernsthaftes Problem ansieht. Für etliche Reformvorschläge, die auf eine Erhöhung der Chancengleichheit im Bildungssystem abzielen, gibt es in der Bevölkerung deutliche Mehrheiten. Welche dieser Reformen besonders effektiv darin wäre, die Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem tatsächlich zu erhöhen, ist ein wichtiger Untersuchungsgegenstand für die empirische Bildungsforschung. Gerade vor dem Hintergrund der großen Bedeutung schul- und bildungspolitischer Themen für die Wahlentscheidungen bei Landtagswahlen besteht hier ein besonderes Erkenntnisinteresse.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016), *Bildung in Deutschland 2016 – Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*, Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

Björklund, A. und K.G. Salvanes (2011), »Education and Family Background: Mechanisms and Policies«, in: E.A. Hanushek, St. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 3, North-Holland, Amsterdam, 201–247.

Ebner, C. (2012), »Spezialisierung hat ihren Preis – Die Breite der Ausbildung beeinflusst die Chancen auf dem Arbeitsmarkt«, *WZB Mitteilungen* 138.

Hanushek, E.A., G. Schwerdt, L. Wößmann und L. Zhang (2016), »General Education, Vocational Education, and Labor-Market Outcomes over the Life-Cycle«, *Journal of Human Resources*, im Erscheinen.

Henderson, M.B., P. Lergepore, P.E. Peterson, K. Werner, M.R. West und L. Wößmann (2015), »Is Seeing Believing? How Americans and Germans Think about their Schools«, PEPG Working Paper 15-02, Harvard University, Program on Education Policy and Governance, Cambridge, MA.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2015), *Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Jackson, C.K., J.E. Rockoff und D.O. Staiger (2014), »Teacher Effects and Teacher Related Policies«, *Annual Review of Economics* 6, 801–825.

Lergepore, P., G. Schwerdt, K. Werner und L. Wößmann (2016), »Information and Preferences for Public Spending: Evidence from Representative Survey Experiments«, *CESifo Working Paper* 5938, CESifo, München.

Peterson, P.E., M. Henderson und M.R. West (2014), *Teachers versus the Public: What Americans Think about their Schools and How to Fix Them*, Brookings Institution Press, Washington, DC.

Statistisches Bundesamt (2016), *Bildungsausgaben: Ausgaben je Schülerin und Schüler 2013*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Wößmann, L. (2016), »The Importance of School Systems: Evidence from International Differences in Student Achievement«, *Journal of Economic Perspectives* 30(3), 3–31.

Wößmann, L., P. Lergepore, F. Kugler, L. Oestreich und K. Werner (2015), »Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(17), 29–50.

Wößmann, L., P. Lergepore, F. Kugler und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.

Wößmann, L., P. Lergepore, F. Kugler und K. Werner (2016), »Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge – Was die Deutschen befürworten«, *ifo Schnelldienst*, 69(17), 35–43.